STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18930419

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags. Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post. Anz. 2786) ohne Erhebung d. Vierteljahr. M. 4.20; durch die Post bezogen wöchentl. 36 1/2 Frei in's Haus. Verantwortlicher Redakteur: Gustav Stengels in Hamburg.

Wittwoch, den 19. April 1893.

Anzeigen werden die schlagpaletten Zeitzeile oder deren Raum mit 30 A. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet. Anzeigen-Einnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreaus. Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Seuchengesetz-Entwurf.

I.
In der Beilage zu Nr. 85 unseres Blattes vom 12. d. M. haben wir den vom Bundesrathe beschlossenen und nunmehr dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, mitgetheilt. Ehe wir zur Kritik desselben schreiten, erscheint es geboten, das Hauptfachliche aus der Begründung des Entwurfs zur Kenntniss unserer Leser zu bringen. Es wird da verkiündet: ein kräftiges Eingreifen der öffentlichen Gewalten gegenüber den die Bevölkerung bedrohenden Seuchengefahren werde nicht nur durch Rücksichten der Gesundheitspflege, sondern auch durch schwerwiegende wirtschaftliche Gründe gerechtfertigt. Für diese Wahrheit wird die Regierung hoffentlich nicht auf die „Privatität des Bekämpfens“ sich berufen, — denn wie oft schon seit vielen Jahren ist dasselbe, leider vergeblich, von anderer Seite, auch von sozialdemokratischer, gelangt worden. Das „kräftige Eingreifen der öffentlichen Gewalten“ hat mehrfach lange auf sich warten lassen; gerechtfertigt wäre es schon weit früher gewesen, ehe im verflochtenen Jahre das furchtbare Seuchengedöhl über Hamburg kam. Alles in Allem ist dieses Uebel doch nur eine von klar sehenderen Renten lange vorausgesehenen Folgen der schismatischen Unterlassungsfälle, deren die öffentlichen Gewalten der beständig drohenden Seuchengefahr gegenüber sich schuldig gemacht. Um so eigenhämlicher ist der Eindruck, den auf uns der folgende Satz der Begründung hervorbringt:

„Wenn die Reichsverfassung im Artikel 4 Nr. 15 die Verantwortlichkeit für die wirksame Bekämpfung der Seuchen dem Reiche mit überlesen hat, so ist das nicht zum Wenigsten in der Erkenntniss der großen Schädigungen gesehen, die durch verheerende Volkskrankheiten dem Wohlstande des Landes bereitet werden können.“

Die Reichsverfassung datirt vom 16. April 1871, ist also zweiundzwanzig Jahre in Kraft. Hätte die Reichsregierung von Anfang an in dieser ganzen Zeit ihrer Verantwortlichkeit nach besten Kräften gehandelt, so würde der Reichstag nicht heute erst sich mit einem Gesetz zur Bekämpfung der Seuchen zu befassen haben und die Seuche vom vorigen Jahre würde uns wohl auch eripart gelassen sein, wenigstens in ihrer beispiellosen Heftigkeit.

Es wird der Regierung unmöglich sein, den schweren Vorwurf zu entkräften, daß sie es unterlassen hat, drei Zeiten gegen die Seuchengefahr vorzugehen. Erst mußten hier in Hamburg und Umgegend an die dreißigtausend Menschen der Cholera zum Opfer fallen und dann über 9000 ihr Leben einbüßen, ehe der Reichstag sich zur Erkenntniss kam, mit der sie jetzt ihren Gesetzentwurf motivirt. Wahrscheinlich hat keine Ursache, auf diese späte Erkenntniss stolz zu sein! Und für uns ist es kein Trost, zu sehen, wie sie sich bemüht, in ihrer Begründung für ihre Erkenntniss die gründlichsten Beweise zu erbringen. Hier sind diese Beweise:

Die Vermögensverluste, welche die Bevölkerung Deutschlands überhaupt durch Krankheiten Jahr für Jahr erleidet, lassen sich annähernd nach den Ergebnissen der geographischen Krankenversicherung schätzen, insofern dieselben beachtenswerthe Zahlenangaben über die Häufigkeit des Erkrankens für große Gruppen der erwerbsfähigen Bevölkerung liefern. Die Gesamtzahl der in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogenen Personen betrug Ende 1890, ungeachtet 459 111 in Knappschaftskassen versicherte Personen, 6 342 828, also insgesamt nahezu 14 Prozent der Bevölkerung. In diese 6 342 828 Versicherten wurden im Jahre 1890 für 89 176 689 Krankentage Krankentage bezahlt; die Ausgaben der Kassen für die Krankenpflege betragen sich wie folgt:

Ärztliche Behandlung	M. 16 788 453
Heilmittel	14 187 242
Krankengebühren	38 893 695
Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	8 691 509
Erfolglosstellung an Dritte für Krankenunterstützung	347 898
Zusammen	M. 80 093 797

Vergegendwärtig man sich, daß hierbei der Verlust an Arbeitsverdienst, welcher hinter dem gezahlten Krankengebühre kaum zurückbleiben wird, nicht berücksichtigt ist, daß sich die Zahlen nur auf einen Bruchtheil der gesammten Bevölkerung beziehen, und daß es sich dabei vorwiegend um Personen handelt, welche in einem verhältnismäßig wenig für Erkrankungen empfänglichen Alter stehen, daß endlich im Jahre 1890, aus welchem die Zahlen herrühren, schwere Seuchen das Land nicht heimlich getroffen haben, so gewinnt man ein ungefähres Bild von der Größe der Summen, welche der Allgemeinheit in Ganzen durch Krankheiten verloren gehen, selbst wenn in Betracht gezogen wird, daß in jenen Jahren diejenigen Aufwendungen der Krankenkassen mit begriffen sind, welche für die durch Unfall hervorgerufenen Verletzungen während der ersten 18 Wochen gemacht werden müssen.

Gegenüber so erheblichen, durch Krankheit verursachten Schädigungen des Volkswohlfundes ist es mehr und mehr zur Erkenntniss gekommen, daß ein großer Theil davon durch vorzügliche Maßnahmen, insbesondere durch bessere Pflege der öffentlichen Gesundheit, vermieden werden kann. So unabweisbar ein gewisses Maß von Krankheiten erscheint, so unklar ist es doch keinem Zweifel, daß, wenn in Staat, Gemeinde und Gesellschaft den durch Erfahrung gewonnenen Geboten der öffentlichen Gesundheitspflege eine größere Beachtung geschenkt wird, auch die Verbreitung und Verheerlichkeit der Krankheiten eine merkliche Milderung erfährt.

Eine Befähigung hierfür bietet beispielsweise die Thatsache, daß die Boden, welche den fetteren Genera-

tionen eine der gefährlichsten und verderblichsten Volkskrankheiten waren, heute in Deutschland Dank der gegen sie ergriffenen Abwehrmaßnahmen nahezu erloschen sind. Ebenso wie die Boden lassen sich aber nach den Anschauungen der Wissenschaft noch weitere, ihrer verheerenden Folgen wegen allgemein gefährdete Volkskrankheiten durch sorgfältige Durchführung gesundheitslicher Maßnahmen erheblich einschränken.

„Erwägt man einerseits, welche Schädigungen durch Epidemien dem Volkswohlstande zugefügt werden, und berücksichtigt man andererseits die günstigen Erfolge, welche vermöge der zielbewußten Bekämpfung bei einzelnen gemeingefährlichen Krankheiten bereits erreicht worden sind, dann erscheint es in der That der Mühe werth, wenn das Reich nach einheitlichen Grundrissen die Abwehr gewisser Seuchen von erfahrungsgemäß besonders bössartigen Charakter regelt.“

Wirklich? Es scheint es jetzt endlich in der That „der Mühe werth“, anzugehen andere gemeingefährliche Krankheiten vorzugehen? Ist denn das milderer Wälten der Cholera-Seuche erst seit dem Ausbruch v. J. bekannt? Unsere Großmütter wußten darüber schon zu erzählen. Viel Schreckliches! Und hat die Reichsregierung, die sich in der Begründung ihres Gesetzesentwurfes auf die Anschauungen der Wissenschaft beruft, nicht gewußt, daß, wie die Wissenschaft nachweist, eine Choleraepidemie in Permanenz besteht? Und ist das schon lange bekannt. Möge man aber die Krankheitsreger und ihre Lebensbedingungen im Zweifel gewesen sein — wie man es in wissenschaftlichen Kreisen noch ist — das entschuldigt nicht das Säumen der Reichsregierung, gegen die Gefahr einschließende Stellung zu nehmen wenigstens unter allgemeinen hygienischen Gesichtspunkten, z. B. in Bezug auf gesundes Trinkwasser und gesunde Wohnung.

Im Jahre 1883 wurde noch als Führer einer wissenschaftlichen Expedition von der Reichsregierung zur Erforschung der Cholera nach Ägypten und Indien geschickt. Ein Jahr später verstarb, noch habe durch eifrige Forschung in dem von ihm sogenannten „Kommunale Choleraorganismus“ den eigentlichen spezifischen Choleraerger entdeckt. Die Reichsregierung glaubt an diesen Organismus; sie hält die Koch'sche Theorie für die richtige, während wissenschaftliche Kreise ihre Richtigkeit, oder wenigstens die absolute Richtigkeit abstreiten. Angenommen, sie sei richtig. Aber was hat denn die Reichsregierung seit 1884, also volle neun Jahre hindurch, gethan, die Koch'sche Theorie zur „gleichzeitigen Bekämpfung“ der Choleraepidemie zu verwenden? Als im August 1892 die Seuche uns übertraf, fing man an, mit dieser Theorie zu experimentiren.

In der Begründung wird dann weiter ausgesprochen: „Während das Reich auf dem Gebiete der Veterinärpolizei von dem ihm zugehenden Gesetzgebungsrecht bereits ausgiebigen Gebrauch gemacht und insbesondere für die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen durch das Gesetz vom 23. Juni 1880 einheitliche Grundrissen geschaffen hat, ist dies auf dem Gebiete der Medizinallwesen bisher nicht in gleichem Maße geschehen. Die hier erlassenen, reichsgesetzlichen Bestimmungen beschränken sich der Hauptsache nach auf die Bekämpfung des Felpersonals, auf den Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen die gesundheitsgefährlichen Einwirkungen der gewerblichen Betriebe und auf den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen. Mit der Bekämpfung der besonders gefährlichen Volksseuchen, welche für das Gemeinwohl von höchster Bedeutung ist, befaßt sich nur das Impfungsgesetz vom 4. April 1874. Im Uebrigen ist die Regelung dieses wichtigen Theiles der Gesundheitspolizei bisher der Landesgesetzgebung überlassen geblieben. Ueber die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Vorschriften ist ein Überblick schwer zu gewinnen; es ist aber nicht zweifelhaft, daß die einschlägigen Bestimmungen einerseits erheblich von einander abweisen und andererseits den jetzigen Verhältnisseverhältnissen, sowie dem heutigen Standpunkte der Wissenschaft, namentlich den neuesten Forschungen über die Krankheitsreger und ihre Lebensbedingungen nicht mehr durchweg entsprechen. Dies gilt vor Allem von Preußen, wo in den älteren Landesstellen noch jetzt die durch Kabinetsordre vom 8. August 1855 zur Einführung gelangten „Sanitätspolizeilichen Vorschriften bei den am häufigsten vorkommenden ansteckenden Krankheiten“ in Geltung sind. Das Bedürfnis nach einer neuen Regelung hat sich in Preußen schon längst geltend gemacht; von einem Vorgehen im Wege der Landesgesetzgebung hat jedoch die Ermüdung abgehalten, daß für die schwersten Seuchen nur durch reichsrechtliche Vorschriften die Aufgabe in befriedigender Weise gelöst werden kann.“

„Der Erlaß eines Reichsgesetzes über die Bekämpfung gewisser Volksseuchen bildet schon seit geraumer Zeit einen lebhaften, wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wunsch der ärztlichen Kreise. Je mehr empfindlich aber hat sich der Mangel eines solchen Gesetzes bei dem Auftreten der Cholera im Jahre 1892 fühlbar gemacht, und zwar nicht nur für die ärztlichen Kreise, sondern auch für die Behörden und für alle am Handel und Verkehr beteiligten Bevölkerungsgruppen. Nur begründet der Gefahr einer Einschleppung der Seuche auf dem Seewege war ein gleichmäßiges Verfahren für alle deutschen Häfen durch die im Jahre 1883 von den Bundesstaaten auf Grund vorheriger Vereinbarung erlassenen Vorschriften einigermaßen sicher gestellt. Im Uebrigen fehlt es dagegen an einheitlichen, die Behörden im ganzen Reiche ohne Weiteres bindenden und das Verhalten der Bevölkerung leitenden Bestimmungen. Die Reichsverwaltung müßte sich darauf beschränken, diejenigen Grundrissen, welche nach dem Urtheile der von ihr befragten Sachverständigen gegenüber der Choleraepidemie zweckmäßig zu befolgen sind, festzustellen und die Durchführung derselben den Landesregierungen zu empfehlen. Sie müßte sich in einzelnen Fällen auch zu einem Eingreifen entschließen, dessen Verfassungsmäßigkeit nicht ganz außer Zweifel war, auch nicht überaus ohne Veranlassung geblieben

ist. Wenngleich es auf diesem Wege glücklicherweise gelungen ist, für die unmittelbare Bekämpfung der Cholera an den Ausbruchorten zweckdienliche Anordnungen herbeizuführen, so bringt doch ein solches Verfahren einen Jeltverlust mit sich, der bei der Selbstthätigkeit der Abwehrmaßnahmen in hohem Maße unerwünscht ist und ihrer Wirksamkeit leicht Abbruch thun kann. Vor Allem aber hat für den Personen- und Güterverkehr der jetzige Rechtszustand sich als unzulänglich erwiesen. Auf der einen Seite war es mit Schwierigkeiten verknüpft, für die das Gebiet verschiedener Bundesstaaten durchschneidenden Verkehrswege, namentlich soweit es sich um den besonders gefährlichen Binnenverkehr und Güterverkehr handelt, die erforderlichen Schutzmaßnahmen mit einheitlicher Schnelligkeit in Vollzug zu setzen. Auf der anderen Seite hat der Mangel an verpflichtenden Normen über Art und Maß der zur Abwehr der Seuche anzuordnenden Verkehrsbeschränkungen zur Folge gehabt, daß gesetzliche Vorschriften unter dem Drucke übertriebener Vorgesüh sich zu Anordnungen haben bestimmen lassen, welche, ohne in sanitätspolizeilicher Hinsicht einen Vorzug zu besitzen, den Verkehr auf das Empfindlichste gehindert haben und selbst durch das vernünftige Eintreten der Reichsverwaltung nur schwer und langsam beseitigt werden konnten. Für die betroffenen gewerblichen und Handelskreise hat dies zum Theil harte Vermögensverluste zur Folge gehabt.“

„Wider anfängliches Erwarten hat die Seuche während des letzten Jahres eine größere Ausbreitung in Deutschland nicht gewonnen. Wäre es anders gekommen, so würden die Störungen und Ungleichmäßigkeiten in den Anordnungen der Behörden, die Störungen des Verkehrs und die Schädigungen des Erwerbslebens eine kaum abzusehende Tragweite erhalten haben.“

Die Reichsregierung vertritt, daß die Vorkehrungen, welche sie nach diesen Richtungen hin in ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Cholera während des letzten Sommers zu machen Gelegenheits hatte, ihr absohd den Anlaß geben, die Vorarbeiten für ein Reichsgesetz in Angriff zu nehmen. Zunächst fanden im kaiserlichen Gesundheitsamt unter Zugiehung hervorragender Sachverständiger, welche dem Amt als außerordentliche Mitglieder angehören, über die einschlägigen wissenschaftlich-technischen Fragen Beratungen statt. Auf den hierdurch gewonnenen Grundrissen ist sodann der vorliegende Gesetzentwurf ausgearbeitet worden.

Von der Weltbahn.

Der Reichstag ist drei Tage wieder zusammen und hat zwei Mal wieder die Welt im unheimlichen Uebel, die Welt in Unfähigkeit, fortgesetzt. Ob es vor der Entscheidung über die Militärvorlage noch besser wird, ist fraglich, da diese das Interesse für alle anderen geschäftlichen Arbeiten in den Hintergrund gedrängt hat. Es kommt hinzu, daß in dem vorliegenden Verhandlungsmaterial eigentlich Niemand rechte Freude hat; es ist doch meist reine Gelegenheitsarbeit und recht reaktionärer Natur. Außer den Junkern und Männern rechter Konstitution dürfte kaum Jemand eine Sprache weinen, wenn das Reich von dem noch vorliegenden Gesetzmateriale unentgeltlich bliebe. Das reaktionäre Geklingel dagegen ärgert sich natürlich darüber, daß durch Konstatierung der Beschaffenheit der Durchdringung der reaktionären Bestimmungen zwar nicht verhindert, aber doch vorläufig hinausgezögert wird. So schreiben die „Ham. Nachr.“:

„Es ist kein Zweifel mehr, die Freisinnigen wollen jedes sich bietende Mittel ergreifen, um das Zustandekommen des Reichsgesetzes zu verhindern. In diesem Zwecke machten sie auch am Freitag die Ablehnung über die den Sachverhalt betreffenden Bestimmungen unmöglich, und heute verlusten sie am Anfang der Sitzung sogar, das Wahrgesetz ganz von der Tagesordnung zu entfernen. Da ihnen dies nicht gelang und der Präsident auch die vom Freitag her noch ausstehende Abstimmung auf einen späteren Zeitpunkt verbot, so bemühten sie den Augenblick, als es zur Abstimmung über Art. 1 kommen sollte, um von Neuem — und mit Erfolg — die Beschaffenheit der Vorlage anzuzweifeln. Da bei vollständigem Mangel dem Wahrgesetze eine Mehrheit zweifellos gefehlt ist, so würde diese Verhinderung unter normalen Verhältnissen als eine ziemlich gewöhnliche Besonderheit der Minorität gelten, aber man würde den Freisinnigen Unrecht thun, wenn man sie im vorliegenden Falle einer so heimlichen Handlungsweise bezüchtigen wollte. Sie rechnen mit einem möglichst frühen Abbrüche der Thätigkeit dieses Reichstages und hoffen, daß es einer richtigeren durchgeführten Ostrakismospolitik gelingen könnte, zu verhindern, daß das Wahrgesetz noch vor diesem Zeitpunkte zur definitiven Entscheidung käme. Unter diesem Gesichtspunkte hat das Verhalten der Freisinnigen einen fast recht wohl verständlichen Zweck, nur muß man sich warnen, daß dieser große und doch für jede Partei mehr oder weniger zweischneidige Apparat gerade in dieser Sache in Bewegung gesetzt wird.“

Wenn die Majoritätsparteien ihrer Pflicht so wenig genügen, daß sie den Reichstag nicht vor der Beschlußunfähigkeit schützen, so wären die Minoritätsparteien sehr unpraktische Leute, wenn sie nicht die Gelegenheit benutzten, ihren unheimlichen Gesetze zu hinterziehen. Sie können dieses Recht um so mehr in Anspruch nehmen, als die Majoritätsparteien die Entscheidung über die Militärvorlage hinausgezögert haben, um noch allerlei reaktionäre Gesetzesänderungen unter Dach zu bringen.

Die Entscheidung der Abwärt-Affäre im Reichstage hängt noch immer in der Schwebe. Abwärt hatte dem Reichstage am Sonntag folgenden dringlichen Antrag zugehen lassen: „Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche über den Inhalt der vom Abgeordneten Abwärt dem Reichstage übergebenen Alten Bericht zu erheben hat.“ Außer dem Antragsteller haben 17 Abgeordnete (17 Sozialdemokraten, 2 Antisemiten) ihre Unterschriften gegeben, nämlich die Sozialdemokraten Wier, Böbel, Diep, Seiser, Hoffmann, Geier, Fiedel, Fiedler, Stadthagen, Schmidt (Frankfurt), Geier, Fiedel, Fiedler, Stadthagen, Wier und Schmidt und die Antisemiten Pödenbach und Werner. Unter den konservativen Thoirifreunden, die Abwärt's Wahl so eifrig unterstützten, fand sich Niemand, der den Antrag genehmigte, auch der Sozialist nicht, kein „würdiger Bruder“. Und von den engeren Bundesbrüdern, den Antisemiten, waren auch nur zwei gewillt, dem Abwärt zu seinem Antrage zu verbleiben. So waren es die Sozialdemokraten, die „verjudeten“ Sozialdemokraten, die der Abwärt-Monster, der Abwärt und seine Freunde alljährlich beschimpfen, die den Fiedel vom Tische nahmen. Der Antrag ist vom Präsidenten von Bayern als dringlich anerkannt und nicht entzogen worden. Der Präsident gab Herrn Abwärt anheim, einen neuen Antrag zu stellen.

„Der Reichstag wolle beschließen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche zu prüfen hat, ob und in wie weit der Inhalt der von dem Abgeordneten Abwärt dem Reichstage übergebenen Alten Bericht dem Reichstage und dem Reichstage erheben Anhaltungen rechtfertigt.“

Dieser Antrag, der von sozialdemokratischer Seite entworfen wurde, und die Zustimmung der Sozialdemokraten, so sehr der Verhandlung derselben in den nächsten Tagen nicht mehr im Wege, vorausgesetzt, daß der Abwärt münchener die Alten dem Reichstage übergibt.

„In der Militärvorlage droht dem Zentrum ein tiefer Abfall der Wähler, wenn es der Militärvorlage zu einer Mehrheit verhilft. Weib ist fest, so ist dies nicht zum Wenigsten der desolaten Haltung der Wähler zu danken. Eine sehr entsetzliche Sprache führte daher auch am Sonntag in einer Versammlung in Reudern bei München (Bavien) der Vorsitzende der bayerischen Zentrumsfraction, Daller, der Folgendes erklärte: „Wir verlangen von dem Zentrum, daß es gegen die Militärvorlage stimme, wenn die bayerischen Herren, welche über ganzen Natur und bezüglich der Militärvorlage etwas anderes denken, sich nicht für die Vorlage stimmen und die Vorlage, welche für unzulässig halte, durchbringen, so muß ich das bayerische Zentrum sofort von Preußen loslassen.“ Der Redner erklärte ferner, daß das Volk mit den Maßnahmen des Reiches unzufrieden sei. Bayern habe eine gute Finanzlage, das Reich habe indessen so gehandelt, daß man es unter Anstalt stellen müßte, wenn es nicht das Reich wäre. „Hatten wir“, so rief Herr Daller aus, „in den Jahren 1866 und 1871 nicht recht, was zu wehren? Preußen ist ein Willkürherrscher und lenkt seine Mächte auf seine Untertanen, auf uns Bayern schon gar nicht.“

Wenn Herr Daller kurz und bündig erklärt, daß sich das bayerische Zentrum „sogar von Preußen“, d. h. von nichtbayerischen Zentrum loslassen müsse, falls letzteres für die Militärvorlage stimme, und wenn Herr Daller aus die Erinnerung an die Politik des bayerischen Zentrums in den Jahren 1866 und 1871 nicht ausläßt, so wird, Preußen ist ein Willkürherrscher und lenkt seine Mächte auf seine Untertanen, auf uns Bayern schon gar nicht.“ — dann muß man annehmen, daß der Vorsitzende der bayerischen Zentrumsfraction die Stimmung der bayerischen Zentrumswählererschaft endlich genau erkannt hat, daß es ihm darum mit seiner Drohung wohl Ernst ist und er nicht bloß seine eigene, sondern die Ansicht der ganz überwiegenden Mehrheit seiner bayerischen Fraktionsgenossen ausdrückt. Eine solche Erklärung von solcher Stelle aus wird auf die „preussischen Herren“ in der Reichstagsfraction kaum ohne Wirkung bleiben und den „Verhandlungen“ Gestalten einzelner derselben einen kräftigen Dämpfer aufsetzen.

Die ablehnenden Theile des Zentrums setzen dem schließlichen Ausgange darum auch mit einiger Sorge entgegen. Die „Ham. Nachr.“ schreibt: „Die Abstimmung des Reichstages steht in diesem Augenblicke vor einer folgenschweren Entscheidung. Auch für das Zentrum wagt sich die „Verordnung“ dem Reichstage, welche jüngst die „Ham. Nachr.“ Blätter für die alten und älteren politischen Parteien gekommen haben. Es ist sehr fraglich, ob es möglich, in großen Fragen nicht kirchlich-politischen Natur eine völlige Geschlossenheit einer großen Fraktion wie das Zentrum zu erzielen, und in nicht weniger Fragen solcher Art hat die Fraktion auch schon früher nicht geschlossen gestimmt. Aber im gegenwärtigen Augenblicke würde nach dem, was vorangegangen ist, eine Spaltung des Zentrums in der Militärvorlage, welche als bester Versuch der Fraktion zu erweisen, in Verbindung mit anderen Momenten die heftigsten Folgen für den Zusammenhalt und die Stellung der Fraktion haben. Das müge und das werden sich auch die gegenwärtigen Führer der Fraktion, welche die Wichtigkeit der Fraktion zu verwahren haben, in dieser Stunde legen und die letzten Entscheidungen im vollen Bewußtsein der auf ihnen lastenden Verantwortung treffen.“

Die fraktionslosigen „Germania“ erklärt: „Im Zentrum besteht natürlich allgemein der Wunsch, es würde eine friedliche Lösung innerhalb des wirtschaftlichen Möglichen und auch des militärischen Mathematischen eintreten; aber über das Angebotene hinausgehen, hält, das wissen wir ganz bestimmt, wenigstens die ganz im Interesse der Reichsregierung nicht für erlaubt, und es ist auch dem Zentrum, wenn man überhaupt, wenigstens in der Militärvorlage, sich zu erweisen, in Verbindung mit anderen Momenten die heftigsten Folgen für den Zusammenhalt und die Stellung der Fraktion haben. Das müge und das werden sich auch die gegenwärtigen Führer der Fraktion, welche die Wichtigkeit der Fraktion zu verwahren haben, in dieser Stunde legen und die letzten Entscheidungen im vollen Bewußtsein der auf ihnen lastenden Verantwortung treffen.“

Die Stellung des Zentrums zur Fuzangeltung des Wahl ist nunmehr, wie bereits kurz telegraphisch berichtet, entschieden. Herr Fuzangelt ist der Eintritt in die Zentrumsfraction beschlossen worden. Die „Germania“ berichtet des Weiteren darüber: „Die Fraktion hat ohne jede Schwermühe zu einem einstimmigen Beschlusse über das Fuzangelt Schreiben. Derselbe ist am Sonntag in einem eingeschriebenen Briefe an Herrn Abgeordneten Fuzangelt nach Bodoim gelangt worden, letzterer ist also gewiss jetzt im Besitze dieser Antwort, und es steht also der Beschluß der einstimmig gebildeten Fraktionsbeschlüsse nicht mehr im Wege. Derselbe lautet:

„Die Zentrumsfraction des Deutschen Reichstages hat von der Erklärung des Herrn Abgeordneten Fuzangelt dd. Bodoim, den 6. April, die Kenntniss genommen. Wenn die Fraktion auch gern den gemäßigten und entgegenkommenden Charakter dieser Erklärung anerkennt, so macht es ihr doch die Art und Weise, wie die Kandidatur des Herrn Fuzangelt im Wahlkreise Krensberg-Oldenfelde in der bewußten Gegenfrage zur Zentrumsfraction und ihrer Leitung entgegensteht und durchgeführt worden ist, unmöglich, Herrn Fuzangelt unter ihre Mitglieder aufzunehmen.“

Die „Germania“ hält es für nöthig, den Beschluß noch mit folgenden Worten zu „begleiten“, richtiger zu einschließen: „Niemand wird bestreiten, daß eine konstituirte Fraktion ein solches Vorgehen zurecht. Sollte irgendwelcher Art, so werden wir uns bemühen, hervorzuheben, daß der Herr Fuzangelt, nach dem das Recht jeder Fraktion zur Entscheidung über die Mitgliedschaft (Wahlrecht) und Ausschließung, zum Beispiel des Hrn. Cremer) und den Fraktionen zuzustimmen, und wie wir zweifellos, zuzustimmen muß. Es wird auch Niemand in Zweifel ziehen, daß die erfahrenen und bewährten Männer, die Erwählten des katholischen Volkes, welche jenen Beschluß einstimmig gefaßt haben, das nach ruhiger allerseits gemeinsamer Erwägung der Sache und ihrer Konsequenzen gethan haben. Die volle Sachgenauigkeit des Beschlusses ist klar zu ersehen, sowohl bezüglich des Punktes der Frage, den die Fraktion allein als Motiv hervorhebt, wie nach den einigen anderen Gründen, die eventuell zu erörtern wäre.“

Daß die Taktik der Zentrumsfraction in dieser Frage eine glückliche ist, kann man nicht sagen. Das

Zentrum bringt sich dadurch in den schroffsten Gegensatz zu einem Theil seiner bisher treueren Wähler, die es dadurch wohl für immer von sich trennt.

Auf die neue Militärvorlage richtet sich die Regierung offenbar schon ein, ohne erst das Wort des Reichstages abzuwarten. Die „Hamburger Nachrichten“ berichten über vor einigen Tagen zu berichten, daß bei dem diesjährigen Etatgesetze in Bezug auf die Anforderungen an die Dienstfähigkeit sehr viel geringere Ansprüche gestellt werden. Seit wird durch die „Münchener Post“ und „Bavaria“ das Gleiche bekannt. Es muß also völliges System in der Sache sein, d. h. entsprechende Anordnung von kompetentem Stelle vorliegen. Ueber die dieser Tage in „B. Z.“ (Oberbairern) fortgesetzte Rekrutierung berichtet die „Münchener Post“: „Es sind noch niemals so geringe Anforderungen an die Dienstfähigkeit gemacht worden. Heute, welche man noch im letzten Jahre wegen kleinen Wachses oder äußerlicher Mängel als unzulässig angesehen hatte, werden heute genommen. In einigen Gemeinden werden alle die Mächtigen für tauglich erklärt; aus den drei Gemeinden Kappel, Benckhausen und Döhl, in welchen es neben sehr kräftigen Männern doch auch schwächere gibt, von 53 nur 3 unzulässig. Sogar ein Oberleutnant, der Schneider ist, wurde in den Rekruten-Handbüchern genommen; wenn der in Uniform gefaßt und mit der Waage angefaßt wird, muß sich das nicht annehmen. Jedenfalls zeigen diese Dinge, daß der Militärschwund bereits so auf die Spitze getrieben ist, daß ein Schritt weiter zum Zusammenbruch führt. Und das fällt das Volk aus. Die allgemeine Stimmung ist eine nicht weniger als frohe. Ein buntes Murren und Säugen geht durch die Bevölkerung, und überall kann man wahrnehmen, wie die sozialdemokratischen Versammlungen der Leute die Dinge gelöst und ihnen halb unbewußten Geschäften einen bewußten Ausdruck und eine Richtung gegeben hat, die bis hierher Zeit braucht, um schließlich unüberwindlich zu werden. Wenn die Sozialdemokraten wieder kommen, so finden sie überall dankbare Zuhörer; die Leute werden endlich danach, nach all den widrigen Redensarten endlich ein kräftiges Wort richtigerer Wahrheit zu hören.“

In dem Gesetzentwurf über den Verfall militärischer Geheimnisse, in dessen zweite Vorlesung der Reichstag heute (Dienstag) entscheiden wird, haben die Freisinnigen Hrn. Dr. v. Bar und Schöcher folgende Resolutionen in dem Reichstage eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. An Stelle der §§ 1 bis 4 der Reichsverfassung zu setzen: § 1. Der Reichstag hat die Befugnis, eine oder mehrere Personen zur Anwendung besonderer Vorschriften § 2 dieses Gesetzes) von militärischen amtlich geheim gehaltenen und im Interesse der Landesverteidigung Geheimhaltung erfordernden Plänen, Zeichnungen, Entwürfen, Schriften, Anordnungen, Einrichtungen oder Gegenständen sich Kenntniss oder Befähigung zu verschaffen, in welcher Weise solche Kenntniss oder Befähigung in amtlicher Eigenschaft oder in Umlauf eines ihm mittelbar oder unmittelbar ertheilten amtlichen Auftrages erlangt hat und vorzüglich diese Kenntniss oder Befähigung einem Anderen übermitteln, von dem er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß derselbe davon einen die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Gebrauch machen werde, wird mit Inhaftation nicht unter zwei Jahren bestraft, wenn während der Gefangenschaft bis zu fünfzehntägiger Haft erkannt werden kann. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein, wenn vorher ein Verdict bis zu gefühnter Haft erkannt werden kann.“

§ 2. Der Reichstag hat die Befugnis, eine oder mehrere Personen zur Anwendung besonderer Vorschriften § 2 dieses Gesetzes) von militärischen amtlich geheim gehaltenen und im Interesse der Landesverteidigung Geheimhaltung erfordernden Plänen, Zeichnungen, Schriften, Entwürfen, Einrichtungen oder Gegenständen sich Kenntniss oder Befähigung zu verschaffen, in welcher Weise solche Kenntniss oder Befähigung in amtlicher Eigenschaft oder in Umlauf eines ihm mittelbar oder unmittelbar ertheilten amtlichen Auftrages erlangt hat und vorzüglich diese Kenntniss oder Befähigung einem Anderen übermitteln, von dem er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß derselbe davon einen die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Gebrauch machen werde, wird mit Inhaftation nicht unter zwei Jahren bestraft, wenn während der Gefangenschaft bis zu fünfzehntägiger Haft erkannt werden kann. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein, wenn vorher ein Verdict bis zu gefühnter Haft erkannt werden kann.“

Der Gesetzentwurf über die Abzahlungsgeschäfte hat nunmehr die Kommissionberatung völlig paffirt und der Bericht der Kommission ist erschienen. Derselbe empfiehlt mit 8 gegen 3 Stimmen die Annahme des in einzelnen Punkten abgeänderten Regierungsentwurfes. Die Kommission hat aus eigener Überzeugung Kraft eines neuen Strafparagrafen in dem Entwurfe Derselbe enthält das Verbot des Verkaufes von Antiquitäten, Antiquitäten mit Plänen und Zeichnungen oder Antiquitäten auf solche Weise oder durch andere Personen, welche in dem Reiche in hohem manchester Weise erlangen, obwohl ihnen in der ersten Linie eingehende Beachtung geschenkt werden sollen.

In die Novelle zum Militärpensionsgesetz hat am Sonntag die Abzahlungskommission des Reichstages den ihr schmerzliche Verfügung mit 8 gegen 3 Stimmen eine Bestimmung aufgenommen, wonach das Recht auf Pension erlischt in dem Fall, daß der Pensionist mit Inhaftation wegen Verbrechen, Verbrechen, Verbrechen oder wegen Verfalls militärischer Befähigung verurtheilt wird. Die Bestimmung, welche gegen eine solche Bestimmung erhoben, welche in den bisherigen Pensionsgesetzen sich kein Beispiel findet.

Die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes auf Helgoland betreffend, ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugegangen. Nach demselben sollen laut Artikel 1 die §§ 25, 26, 40, 43, 44, 86 und 87 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 für Helgoland mit folgenden Abänderungen gelten: § 25: Für den Bezirk von Helgoland wird ein Schöffengericht mit dem Sitze dafelbst gebildet. — Zu § 26: Die Schöffen werden aus den Einwohnern der Insel ernannt. — Zu § 40: Für den Bezirk von Helgoland tritt ein besonderer Ausschuß an die Insel zusammen. Der Ausschuß besteht aus dem Amtsrath als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staatsanwalter. Die Vertretungszahl der Vertretungsmitglieder des Ausschlusses beträgt die Anzahl der Wahlberechtigten der Insel gemäht. Zur Beschlußfähigkeit des Ausschlusses genügt die Anwesenheit des Vorsitzenden, des Staatsanwalter und eines Vertretungsmitgliedes. Zu § 43: Die erforderliche Zahl von Hauptschöffen und Hilfschöffen wird durch die Landesregierung bestimmt. Zu § 44: Die Namen der ernannten Hauptschöffen und Hilfschöffen werden in gelobter Verzeichnisse aufgenommen (Zustehende). Zu § 86: Die Zahl der auf den Bezirk von Helgoland entfallenden Geschworenen wird durch die Landesregierung bestimmt. Zu § 87: Der Ausschuß (§ 40) hat gleichzeitig diejenigen Personen aus der Liste (§ 44) auf, welche er zu Geschworenen für das nächste Geschworenjahr vorgeschlagen. Die Vorschläge sind nach dem dreifachen Betrage der auf Helgoland vertheilten Zahl der Geschworenen zu bemessen. Der Ausschuß § 2 bestimmt, daß dieses Gesetz am 1. Januar 1894 in Kraft treten soll.